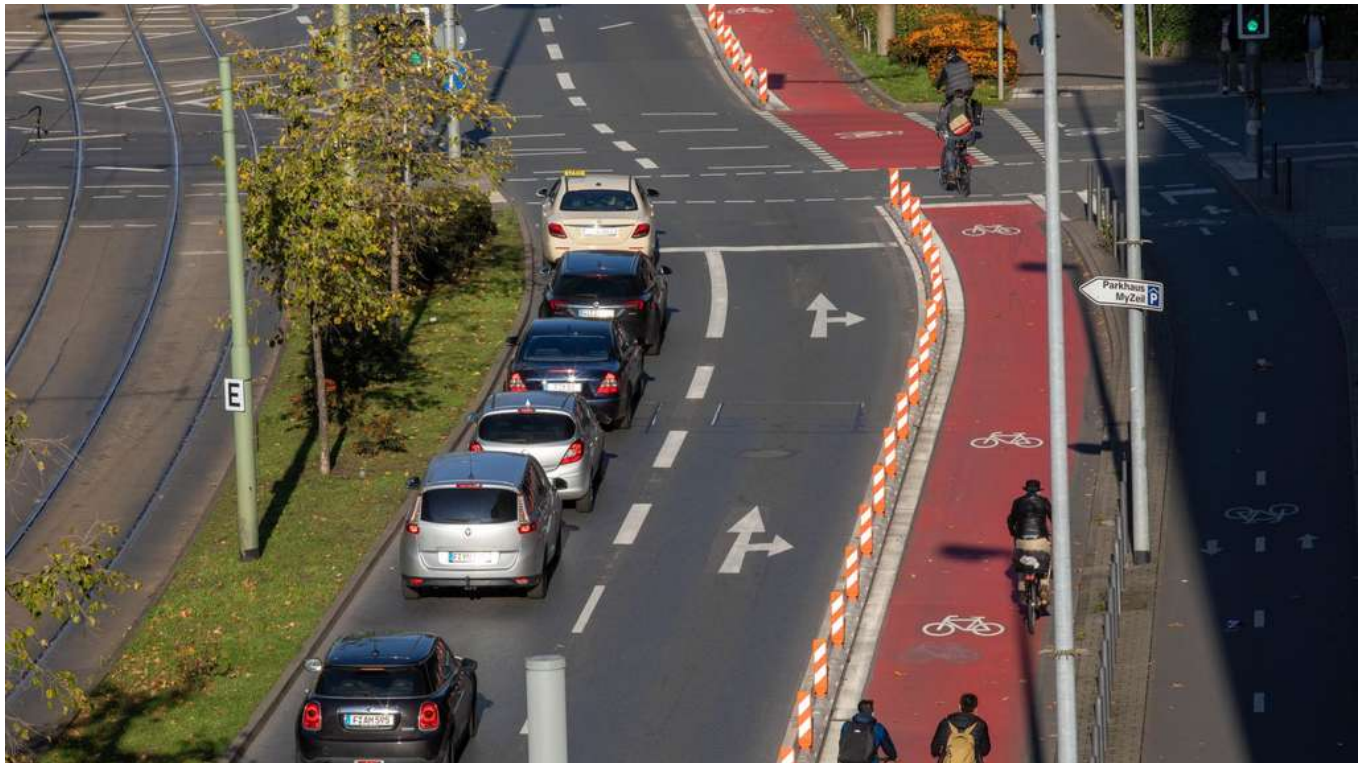


Frankfurt soll den Autoverkehr verringern



Nicht nur auf Nebenstraßen: Das Bündnis begrüßt Radwege wie auf der Friedberger Landstraße. Rolf Oeser © ROLF OESER

07.01.2021 um 17:50 Uhr

Mobilität

Frankfurt soll den Autoverkehr verringern

von Florian Leclerc

Das neue „Bündnis Verkehrswende“ fordert unter anderem ein 365-Euro-Ticket.

Das neue „Bündnis Verkehrswende“ in Frankfurt fordert einen Wandel der Verkehrspolitik in der Stadt hin zu einer Mobilitätswende weg vom Auto. Wie das Bündnis aus den lokalen Gruppen von Verkehrsclub Deutschland (VCD), Greenpeace, Attac, Frankfurt 22 und Aktionsbündnis unmenschliche Autobahn mitteilte, soll die Stadt zügig einen neuen Gesamtverkehrsplan beschließen. Der letzte ist 15 Jahre alt.

Im neuen Gesamtverkehrsplan, der die strategische Grundlage der Verkehrsentscheidungen der Stadt darstellt, soll die Abkehr von der autozentrierten Stadt das Zentrum der Bemühungen sein.

Um den Pendelverkehr zu vermeiden, wird die Stadt angehalten, die Arbeit im Homeoffice zu fördern. Pendlerinnen und Pendler sollen an S-Bahnhöfen an neu zu bauenden Park-and-ride-Anlagen in die Bahn umsteigen. Ein 365-Euro-Ticket für alle Menschen soll die Fahrt mit

der Bahn attraktiver machen. Im Stadtgebiet sei der Ausbau des Straßenbahnnetzes dem Bau von vergleichsweise teuren U-Bahn-Strecken vorzuziehen. Das Schnellbusnetz, das der RMV eingeführt hat, soll ausgebaut werden. Auf dem Alleenring soll eine Ringstraßenbahn zahlreiche Autofahrten ersetzen. Für den Nahverkehr soll es vermehrt Grüne Wellen sowie Sonderspuren für Busse geben. Den Lkw-Verkehr soll nach und nach auf die Schiene verlagert werden.

„Frankfurt muss die Verkehrswende endlich konsequent einleiten“, sagte Dirk Friedrichs von Attac Frankfurt.

Dazu gehöre auch der Ausbau des Radnetzes, den Frankfurt mit der Umsetzung des Radentscheid-Kompromisses betreiben soll. Weitere Radschnellwege ins Umland müssten folgen.

Die IHK liege mit ihrer Forderung, den Radverkehr auf Nebenstraßen zu verlagern, komplett daneben, sagte Mathias Biemann vom VCD. Er forderte, dass Neubaugebiete wie die Günthersburghöfe, der Kulturcampus und das Schönhof-Viertel nicht Tausende Parkplätze in Tiefgaragen bekommen sollten. Das hinterlasse einen „ökologischen Fußabdruck für die nächsten 80 Jahre“.

Den Autobahnausbau in Frankfurt lehnt das Bündnis ab, weil dieser zusätzlichen Autoverkehr und damit mehr Lärm und Schadstoffe bedinge. „Jeder Straßenbau erzeugt mehr Verkehr, das ist wie ein Naturgesetz“, sagte Friedhelm Ardelt-Theeck vom Aktionsbündnis unmenschliche Autobahn. Er rechnete vor, dass die Verkehrsmenge zwischen Main und Bergen, inklusive der Autobahnen, bis 2030 um 100 000 Fahrzeuge steigen wird. Den Riederwaldtunnel, den Ausbau der A661 sowie den Ausbau von A3 und A5 lehnt das Bündnis ab.

In der Stadt soll der Miquelknoten zurückgebaut werden. Als Höchstgeschwindigkeit in der Stadt setzt das Bündnis Tempo 30 an. Mittelfristig soll die gesamte Innenstadt autofrei werden, kurzfristig soll es mehr Fußgängerzonen und verkehrsberuhigte Bereiche geben.

Die Parkplätze im öffentlichen Raum sollen innerhalb des Anlagenrings wegfallen. Parken sollen die Fahrzeuge in den Parkhäusern. Die Stadt soll die Einführung einer City-Maut und einer Nahverkehrsabgabe prüfen.

Noch vor der Kommunalwahl am 14. März will das Bündnis mit der Politik über die Forderungen diskutieren.

Quelle: <https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-soll-den-autoverkehr-verringern-90161810.html>